Nazipresse anläßlich des Beginns des kostspieligen Reklamerundflugs ihres Oberbaas: „Wenn Hitler aus den Lüften steigt, ist der Sieg unser." Dabei haben die Nazis nicht im entferntesten solche Gewinne verbuchen können, wie sie ihnen offenbar vorschwebten und wie sie ohne Zweifel auch von der Papenregierung erwartet wurden. Ja, gegenüber den preußischen Landtagswahlen zeigen die Resultate in preußischen Gebieten sogar, daß die Nazis erstmalig Verluste verbuchen müssen.

Brutaliser Terror ist im Verlaufe dieses Wahlkampfes gegen die revolutionären Arbeiter entfaltet worden; für die Kommunistische Partei wurden alle legalen Freiheiten aufgehoben, der größte Teil der kommunistischen Zeitungen wurde während des Reichstagswahlkampfes verboten. Und selbst die Kommunistische Partei wurde ständig vom Verbot bedroht. Ja, in den letzten Tagen konnten wir erleben, daß die Bourgeoisie um den Massenzustrom zur Kommunistischen Partei zu hemmen und von unserer Partei hinwegzuleiten ankündigte, daß es keinen Zweck habe, kommunistisch zu wählen, da kommunistische Stimmen als „moralisch minderwertig" betrachtet werden müßten. Aber noch mehr: Die faschistische Reaktion erklärte sogar, daß die kommunistischen Mandate ja „doch kassiert" würden.

Wenn die Arbeiter trotz des proklamierten Ausnahmerechts gegen die Kommunistische Partei und trotz der äußersten Verschärfung der kapitalistischen Herrschaftsformen zu annähernd 6½ Millionen an der Zahl kampfentschlossen und trotzig bekannten: Wir stehen und fallen mit der Kommunistischen Partei, wenn die Kommunistische Partei in diesen Reichstagswahlen gegenüber den Reichstagswahlen von 1930 einen Gewinn von über ½ Million Stimmen erzielte, wenn sie die Zahl ihrer Mandate um 10 erhöhte, so spricht das alles eindeutig und klar für das Wachstum der Kräfte der proletarischen Revolution.

Gerade diese Terrorwahlen haben gezeigt:

Der Uebergang der Bourgeoisie zur Errichtung der offenen faschistischen Diktatur, die die Arbeiterorganisationen zerstört und alle revolutionären Errungenschaften der Arbeiterklasse vernichtet, beschleunigt zugleich den Mobilisierungsprozeß der Kräfte des Proletariats!

Davon zeugt auch das Wahlergebnis in Sachsen, vornehmlich in seiner Bedeutung für die Kommunistische Partei.

Im übrigen hat die Sozialdemokratie, insgesamt betrachtet, allerdings gegenüber den Reichstagswahlen vom 1930 einen Verlust von 600 000 Stimmen zu verzeichnen, obwohl sie mit der „Eisernen Front" eine außerordentlich rührige und raffiniert-demagogische Wahlkampagne entfachte.

Die Arbeitermassen haben den feigen Kapitulanten die Antwort gegeben! Wohl ist es der SPD gelungen, in einer Anzahl preußischer Bezirke auf Grund ihrer demagogischen „Opposition"-Stellung sich einen kleinen Teil gegenüber der Landtagswahl zurückzuholen. Besonders bedeutungsvoll sind die Verluste der SPD in Sachsen, in ihren festesten Stützpunkten. Im Wahlkreis Dresden verliert die Sozialdemokratie 28 000 Stimmen. Im Wahlkreis Chemnitz 53 000 und im Wahlkreis Leipzig 13 000 Stimmen.

In Sachsen gewann die KPD 64 000 Stimmen. Sie gewinnt damit in Sachsen von den 10 Mandaten, die sie im Reich zu ihren bisherigen Mandaten erobert, ein Mandat. Wesentliche Gewinne erzielte unsere Partei vor allem in der Oberlausitz, jenem zu Ostsachsen, dem Wahlkreis Dresden-Bautzen gehörigem Gebiet. Diese und auch die anderen Gewinne sind Erfolge außerparlamentarischer Kämpfe, so der außerparlamentarischen Aktion gegen den Kapitalabbau.

Von Ostsachsen muß in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß vornehmlich das Resultat von Dresden-Stadt vollkommen ungenügend ist. Hier ist es der Partei trotz machtvoller antifaschistischer Massenmobilisation, wie z. B. anläßlich der Thälmann-Kundgebung, nicht gelungen, die Sympathien der Arbeitermassen zu befestigen. Darüber hinaus vermochten wir in der Stadt Dresden auch die Verluste der Sozialdemokratie nicht für den Kommunismus zu verbuchen. Das ist ein ungemein mahnendes Zeichen für die Verstärkung und Verbesserung unserer Einheitsfrontarbeit, die ihren Niederschlag vor allem weitaus stärker an der Betriebsfront und auch an den Stempelstellen finden muß!

Im übrigen ergibt sich aus den Zahlen der SPD in allen drei sächsischen Wahlkreisen, aber auch in Hannover, Altona und Liegnitz, daß ein Teil sozialdemokratischer Wähler zu Hitler übergelaufen ist.

Im Zusammenhang mit der Würdigung des Wahlausganges für die SPD muß der vollkommene Bankrott der SAP festgestellt werden. Sie hat im Reich ganze 72 000 Stimmen, aber kein Mandat erhalten.

Das Zentrum vermochte aus der Oppositionsstellung gegen Papen eine Anzahl Gewinne zu verzeichnen und seine Stimmenzahl zu heben. Die Mittelparteien sind vollständig ausgetilgt. Vom der Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Staatspartei ist fast nichts übrig geblieben!

Aus diesem zunächst noch oberflächlichen Ueberblick springt schließlich am Schluß die entscheidende Tatsache einprägsam ins Auge, daß diese Reichstagswahlen in der starken Zunahme der kommunistischen Stimmen das Wachsen der subjektiven Faktoren der proletarischen Revolution zum Ausdruck bringen. Die Kommunistische Partei, die in diesem Wahlkampf einen großen Erfolg erzielte, ergeht sich aber keineswegs in Siegesjubel, sondern sie wird diesen Erfolg weiter ausbauen und die sich bei alledem noch zeigenden schwachen Punkte verbessern. Das erfordert insbesondere die verstärkte Fortführung der Antifaschistischen Aktion, noch gewaltigere Kampfmobilisation der arbeitenden Massen gegen den durch Papens Notverordnungen immer größer werdenden Hunger, gegen die immer schlimmer werdende Not, gegen die immer ärger werdende Unterdrückung, gegen die immer frecher auftrumpfende faschistische Reaktion und gegen ihre chauvinistische, imperialistische Abenteuerpolitik, gegen die wir gerade heute, am 1. August, am Antikriegstag, unseren alarmierenden Appell erheben müssen.

Und auch nach diesen Reichstagswahlen rufen wir die Arbeitermassen zur Wachsamkeit gegenüber dem nach wie vor drohenden Verbot der Kommunistischen Partei, denn die Bourgeoisie wird ihr Ziel, die KPD zu verbieten um damit das Machtverhältnis zu korrigieren, konsequent weiterbetreiben.

Der Ausgang der Wahl entspannt keineswegs die Situation, sondern verschärft sie. Das Wahlergebnis zeigt die Richtigkeit der Politik und der Generallinie der KPD.

**Weiter, vorwärts auf den Kampfbahnen des Kommunismus!**

### Arbeiter beschließen Kampfmaßnahmen in den Betrieben

# Widerstand gegen faschistische Reaktion

## Einheitskomitee in Zschachwitz mobilisiert für Antifaschistische Aktion . Kampf gegen das Verbot der Kommunistischen Partei

In Zschachwitz bei Dresden tagte vor einigen Tagen das von 30 Arbeitern aus allen Organisationen beschickte Einheitskomitee, um zu den wichtigsten Aufgaben der Arbeiterschaft Stellung zu nehmen. Mit den Stimmen von zwei sozialdemokratischen Genossen, die als gewählte Vertreter des Arbeitersportkartells im Komitee sind, wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die einzelnen konkretisierten Maßnahmen zur Antifaschistischen Aktion festgelegt wurden. Wir können diese Entschließung zufolge des inzwischen verhängten „Gottesfrieden" nicht im Wortlaut veröffentlichen.

Als dringendste Maßnahmen sieht das antifaschistische Komitee die breiteste Massenmobilmachung der Erwerbslosen und Betriebsarbeiterschaft für die Antifaschistische Aktion. In allen Betrieben sollen die Belegschaften zur Antifaschistischen Aktion sofort Stellung nehmen und Delegierte in das Komitee entsenden. Die Erwerbslosen und alle Werktätigen in den Häuserblocks sollen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für den antifaschistischen Kampf mobilisiert werden.

Das Antifaschistische Komitee erklärt, daß die Zschachwitzer Arbeiterschaft im Falle des Verbots von Arbeiterorganisationen, Verhaftung von Arbeiterführern und Kassierung der kommunistischen Mandate mit den schärfsten Kampfmaßnahmen antworten werde. Diese Kampfmaßnahmen werden unverzüglich in den Betrieben, Stempelstellen und Wohnblocks vorbereitet und organisiert.

Das Komitee beschloß, sofort Massenselbstschutzkatastrophen zu bilden, die in den Betrieben und Häuserblocks die faschistischen Terrorbanden abwehren und das Leben und Eigentum der Arbeiterschaft schützen.

### Sozialdemokratische Saboteure

Im Arbeiterrat des Betriebes Meurer stand eine Entschließung der roten Betriebsvertreter zur Diskussion, in der die Belegschaft gleichfalls zu den drohenden Verbotsmaßnahmen Stellung nimmt und erklärt, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen alle solche Maßnahmen der faschistischen Bourgeoisie den Kampf eröffnen werde. Diese Entschließung wurde mit vier Stimmen der SPD-Arbeiterräte abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Arbeiterrat enthielt sich der Stimme und erklärte, nur deshalb nicht für sie stimmen zu können, weil er sich nicht gegen seine Partei ausspielen lassen wolle (!).

In einer stattgefundenen Betriebsversammlung verhinderte der sozialdemokratische Arbeiterrat aus Furcht vor den zur Ueberwachung anwesenden Vertretern der Betriebsleitung, die Verlesung und Abstimmung der Entschließung, die nach der Stimmung der Belegschaft ohne Zweifel mit erdrückender Mehrheit angenommen worden wäre.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Betriebsfunktionäre steht auch im Gegensatz zu der Auffassung der sozialdemokratischen Betriebskollegen und dient den Sabotagebestrebungen der Führer der SPD und Gewerkschaften, die die kämpfende Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur mit allen Mitteln hintertreiben. Ueber ihre Köpfe hinweg wird sich die Arbeiterschaft trotz alledem in Antifaschistischer Aktion sammeln und kämpfen.

### Die Belegschaft der Rüttgerswerke beschließt Kampf

Die Belegschaften der Rüttgerswerke in Dehna und der Rottewitzer Papierfabrik nahmen in einer Belegschaftsversammlung zur politischen Lage Stellung. Trotzdem sich die Direktion der Papierfabrik vor dem Versammlungslokal aufhielt, um festzustellen, wer in die Versammlung geht, waren doch eine Anzahl Arbeiter der Belegschaft erschienen.

Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der gegen alle Maßnahmen der Papen-Schleicher-Regierung protestiert wird und die Aufnahme des Kampfes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln beschlossen wurde, wenn Arbeiterorganisationen verboten und Funktionäre verhaftet werden.

### Verbot der KPD wird mit Streik beantwortet!

Auch die Belegschaft des Betriebes Thermofel, Radebeul, nahm in einer Betriebsversammlung zur politischen Lage Stellung. In einer einstimmig angenommenen Entschließung bekundet die Belegschaft ihren Willen, jeden Versuch der kapitalistischen Klasse, die KPD zu verbieten, oder die revolutionären Führer zu verhaften, sofort mit dem Streik zu beantworten.

### Streik im Balda-Werk, Laubegast

Im Baldawerk in Laubegast versucht die Betriebsleitung einen ungeheuerlichen Abbau der Akkordlöhne durchzuführen. In der Ueberziehabteilung sollen für bestimmte Arbeiten künftig statt 600 nur noch 525 Minuten, in einer anderen Abteilung statt 700 nur noch 600 Minuten bezahlt werden. Die Belegschaft der Ueberziehabteilung legte geschlossen die Arbeit nieder. Ein Kollege wurde gemaßregelt. Im gesamten Betrieb herrscht große Erregung. Die Belegschaft fordert die Wiedereinstellung des Gemaßregelten, die Zurücknahme des Lohnraubes und die Verbesserung der sanitären Einrichtungen. Diese Forderungen können nur im entschlossenen Kampf der Belegschaft durchgesetzt werden.

# Nazi-Vorbereitungen zum Bürgerkrieg

## Infame Provokationsversuche . Wachsamkeit der KPD und Alarmbereitschaft der Arbeitermassen verhindern Nazi-Pläne

Die Enthüllungen der kommunistischen Presse über die SA-Mobilmachung für den 31. Juli und die freche Androhung des „Marsches nach Berlin", veranlaßten die Nazis, in der unverschämtesten Weise der Antifaschistischen Aktion Putschabsichten zu unterschieben. Die Nazibanditen planten mit organisierten Provokationen, der Polizei einen Vorwand zu blutigem Vorgehen gegen die Arbeiterklasse zu liefern, um dann in der Pose der „Beschützer der Ruhe und Ordnung" ihre eigenen Pläne verwirklichen zu können.

Hier die Beweise: Folgendes Schreiben ging dem Rat der Stadt Dresden zu, der es mit beigefügtem Beschluß wörtlich an die Abstimmungsvorsteher weiterleitete.

**An den Rat zu Dresden (Wahlamt)**
**Dresden-A. 1, Neues Rathaus.**

**Wir erhalten von unserer Gauleitung jetzt die Mitteilung, daß die „Antifaschistische Aktion" die Parole herausgegeben hat, nach Möglichkeit Wahlkarteien zu entwenden und am Wahltage in verschiedenen Wahllokalen Unruhe zu entfachen, damit evtl. die Wahlurne entwendet werden kann.**

**Wir setzen Sie von dieser Meldung in Kenntnis, damit Ihrerseits die entsprechenden Vorkehrungen getroffen werden können.**

**Mit deutschem Gruß!**
**NSDAP, Ortsgruppe Dresden,**
**Propagandaabteilung (gez.) Unterschrift.**
**Beschluß vom 30. Juli 1932.**

**Abschrift vorstehenden Schreibens sofort den Herren Abstimmungsvorstehern zur Kenntnisnahme zu übersenden mit dem Ersuchen, gegebenenfalls sofortiges Eingreifen der Sicherheitspolizei zu veranlassen.**

**Der Rat zu Dresden, (Wahlamt).**

Die angebliche Parole der Antifaschistischen Aktion ist eine infame Lüge. Was geplant war, geht aus folgendem Geheimbefehl hervor, der den Funktionären der Nazis in Chemnitz zugestellt wurde:

Chemnitz, den 28. Juli 1932

**An alle Facharuppen-Betriebszellenleiter und Führer des Sturmbanns V/101.**

**Anordnung!**

**Alle männlichen Mitglieder der NSBO haben sich am Sonntag den 31. Juli 1932, pünktlich 18 Uhr, im Nikolaibahnhof (große Gaststube, ohne Frauen und Kinder) in Zivil ohne Abzeichen einzufinden.**

**Die uniformierten Kameraden (Sturm 41/101 und 12/101) haben die Uniform im Paket verpackt mitzubringen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß Sturm 12/101 nicht im „Vogtländischen Hof", sondern auch im Nikolaibahnhof eintrifft. Alles Nähere erfahren die Kameraden im Lokal.**

**Es wird erwartet, daß alle Kameraden zur Stelle sind.**

**Schnellste Bekanntgabe an alle Mitglieder wird den Betriebsverantwortlichen zur Pflicht gemacht.**

**f. d. R.** — **Mit „Kampf Heil"!**
**Richter, Adjutant** — **(gez.) Stichler,**
**Verteiler:** — **Bezirks-Betriebszellen-Leiter**
**d. einschl. Scharführer** — **und Sturmbannführer.**

Die SA-Leute sollten also erst „in Zivil ohne Hakenkreuzabzeichen", als „Antifaschisten" verkleidet „in verschiedenen Wahllokalen Unruhe entfachen", um dann, wenn die Provokationen gelungen waren, in die Sturmkasernen zurückzukehren und die in Paketen verpackt mitgebrachten Uniformen anzuziehen, um gemeinsam mit der Polizei die „Ruhe und Ordnung wiederherzustellen".

Die amtlichen Stellen, wie z. B. das Dresdner Wahlamt, nahmen die von den Nazis ausgestreuten Behauptungen sofort ernst, um die Polizei zu alarmieren und den Nazibanditen den Weg amtlicher Mitteilungen aufzudecken. Die Chemnitzer Stadtverwaltung hat in einem öffentlichen Anschlag in den Betrieben mit Billigung eines bewaffneten Selbstschutzes zur Verteidigung der städtischen Werke aufgefordert. Diese Maßnahmen wurden in den sächsischen Kreishauptmannschaften eingehend besprochen und sind auf Anordnung der sächsischen Regierung in allen Städten vorgesehen. Die Anweisungen sollten als „interne Dienstanweisungen" gehalten werden. Durch den Uebereifer des Chemnitzer Polizeimeisters sind sie der Oeffentlichkeit vorzeitig bekanntgeworden.

In derselben Linie liegt die Verordnung der sächsischen Regierung über die verstärkte Polizeibereitschaft für die Zeit vom 25. bis 29. Juli.

Wenn die Nazis von ihren Provokationsabsichten zur Entfesselung des Bürgerkrieges infolge der Wachsamkeit der Kommunistischen Partei, die für diese Tage die Alarmbereitschaft der Arbeiterklasse organisierte, Abstand genommen haben, so bedeutet das nicht, daß die Bourgeoisie auch für die Zukunft auf den Versuch verzichten wird, die offene faschistische Diktatur zu errichten. Die Arbeiterklasse muß deshalb die Antifaschistische Aktion verstärken und unter der bewährten Führung der KPD die rote Einheitsfront für den Befreiungskampf des Proletariats herstellen.

# „Rote Fahne" wieder verboten

**Der Polizeipräsident von Berlin hat gestern das Zentralorgan der KPD, die „Rote Fahne" erneut auf die Dauer von 10 Tagen verboten.**

# Ergebnis in den Wahlkreisen im Reich

**Wahlkreis Berlin**

**KPD 382 000 (405 646, 314 936), SPD 319 000 (346 819), NSDAP 280 000 (158 257, 331 815), Zentrum 53 000 (44 623), DNVP 76 000 (145 032), DVP 4000 (27 120), Mittelstandspartei 2000 (27 369), Deutsche Staatspartei 13 000 (53 057), Christl.-Soz. Volksdienst 4000, SHP 1700.**

**Wahlkreis Potsdam 1**

**KPD 255 000 (238 806, 182 851), SPD 338 000 (329 993), NSDAP 482 000 (215 835, 453 599), Zentrum 38 000 (26 942), DNVP 114 000 (158 500), DVP 10 000 (38 582), Mittelstandspartei 5000 (47 473), Deutsche Staatspartei 13 000 (48 241), Christl.-Soz. Volksdienst 6000.**

**Wahlkreis Potsdam 2**

**KPD 225 000 (217 950, 168 123), SPD 296 000 (285 655), NSDAP 371 000 (184 837, 415 196), Zentrum 58 000 (37 724), DNVP 122 000 (164 178).**

**Wahlkreis Westfalen-Nord**

**KPD 187 000 (152 475, 122 947), SPD 259 000 (286 967), NSDAP 388 000 (161 993, 376 536), Zentrum 372 000 (424 668), DNVP 82 000 (79 015).**

**Wahlkreis Düsseldorf-Ost**

**KPD 331 000 (321 294, 233 840), SPD 155 000 (169 451), NSDAP 400 000 (210 162, 388 537), Zentrum 261 000 (230 348), DNVP 62 000 (59 421).**

**Wahlkreis Düsseldorf-West**

**KPD 208 000 (176 116, 125 351), SPD 107 000 (110 214), NSDAP 284 000 (168 784, 298 983), Zentrum 358 000 (308 937), DNVP 62 000 (59 019), DVP 10 300 (44 202).**

Die Zahlen in Klammern sind die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1930 und des zweiten Wahlganges bei der Reichspräsidentenwahl. Die noch fehlenden Wahlkreise tragen wir morgen nach.

# Landtagswahlen in Thüringen

Gleichzeitig mit den Reichstagswahlen fanden gestern in **Thüringen auch die Landtagswahlen statt, bei denen nach dem vorläufigen Ergebnis Stimmen erhielten: KPD 150 000 — 10 Mandate (Landtagswahl Mai 1929: 85 209 — 6 Mandate), SPD 226 000 — 15 Mandate (258 842 — 18 Mandate), NSDAP 396 000 — 26 Mandate (99 159 — 6 Mandate), DNVP 38 000 — 2 Mandate (31 736 — 2 Mandate), DVP 17 000 — 1 Mandat (70 567 — 5 Mandate).**